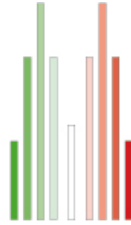


«LfdNr»



RECHTSANWALTSKAMMER KÖLN

Abschlussprüfung für Rechtsanwaltsfachangestellte Sommer 2023

Name:	
Vorname:	
Kenn-Nr.:	
Ort:	
Datum:	21.04.2023
Prüfungsfach:	Vergütung und Kosten
Bearbeitungszeit:	90 Minuten
Zugelassene Hilfsmittel:	<ul style="list-style-type: none">- Gesetzessammlung „Habersack“,- Aktuelle Gesetzestexte ohne Erläuterung und Kommentierungen,- Taschenrechner,- Gebührentabellen ohne Ausweis von Auslagenpauschalen und Umsatzsteuer,- Kalender

Erster Prüfer		Zweiter Prüfer	
_____	Punkte	_____	Punkte
_____	Datum	_____	Datum
_____	Name, Unterschrift	_____	Name, Unterschrift

Bearbeitungshinweis:

Bei den Abrechnungen müssen nur die Gebühren und Auslagen berechnet werden.

Die Berechnung der Zwischensummen, der Umsatzsteuer sowie des Gesamtergebnisses ist nicht erforderlich.

1. Aufgabe (8 Punkte)

Geben Sie den Gebührensatz der Einigungsgebühr an, wenn sich die Parteien einigen über einen Gegenstand, der

	Gebührensatz
noch nicht bei Gericht anhängig ist.	
in einem Mahnverfahren anhängig ist.	
in einem erstinstanzlichen Verfahren anhängig ist.	
in einem Berufungsverfahren anhängig ist.	
in einem selbständigen Beweisverfahren anhängig ist.	
Gegenstand eines Güte- und Schlichtungsverfahrens nach § 15a EGZPO ist.	
in einem familienrechtlichen Beschwerdeverfahren wegen der Hauptsache anhängig ist.	

2. Aufgabe (11 Punkte)

Der Mandant M hat selbst einen Vollstreckungsbescheid gegen S über 2.000,0 € nebst Zinsen in Höhe von fünf Prozent seit dem 1. 4. 2022 erwirkt. Er beauftragt daraufhin Rechtsanwalt R, die Forderung beizutreiben. Am 2. 4. 2023 droht R dem S die Zwangsvollstreckung an, falls dieser nicht innerhalb von zwei Wochen an M zahle. Der S zahlt daraufhin die gesamte Summe einschließlich Zinsen an R, der die gesamte Summe in einem Betrag an M weiterleitet.

a) Berechnen Sie die Vergütung die Rechtsanwalt R verlangen kann (ohne Umsatzsteuer).

b) M will die an R zu zahlende Vergütung erstattet verlangen. Nach welcher Vorschrift muss S die angefallenen Kosten des R dem M erstatten?

3. Aufgabe

Die Eheleute E sind zu je $\frac{1}{2}$ Eigentümer eines Einfamilienhauses. Die Einliegerwohnung haben sie an M zu einem monatlichen Mietzins in Höhe von 500,00 € zuzüglich 100,00 € Betriebskosten vermietet. Das Mietverhältnis haben sie wegen Eigenbedarfs gekündigt. M ist jedoch nicht ausgezogen. Daraufhin beauftragen die Eheleute Rechtsanwalt R gegen M Räumungsklage zu erheben. Die Eheleute fragen, welche Gerichtsgebühr für die Klage voranzuzahlen ist.

a) Berechnen Sie den Streitwert und geben Sie die maßgebliche Wertvorschrift genau an. (8 Punkte)

**b) Berechnen Sie die voranzuzahlende Gerichtsgebühr und geben Sie den Gebühren-
tatbestand an. (4 Punkte)**

Fortsetzung:

Im Termin zur mündlichen Verhandlung wird ein Vergleich geschlossen, wonach M sich verpflichtet, zum Jahresende auszuziehen. Gleichzeitig vergleichen sich die Parteien über die Nebenkostenabrechnungen der Jahre 2021 und 2022. Das Gericht setzt insoweit einen Mehrwert des Vergleichs in Höhe von 1.000,00 € fest.

c) Welche Vergütung kann Rechtsanwalt R verlangen? (14 Punkte)

Weiter zu der Lösung zu Aufgabe 3

Kenn-Nr.: «Kennnummer»; «VornameAzubi» «NameAzubi»

4. Aufgabe (12 Punkte)

Gegen den Mandanten ist ein Bußgeldbescheid ergangen. Der Bußgeldbescheid lautet auf eine Geldbuße von 100,00 € zuzüglich einem Monat Fahrverbot. Der Anwalt legt auftragsgemäß Einspruch ein und fertigt 12 schwarz-weiß Kopien aus den Ermittlungsakten. Sodann weist er auf die besonderen Umstände des Einzelfalls hin. Daraufhin nimmt das Straßenverkehrsamt den Bußgeldbescheid zurück und erlässt einen neuen Bußgeldbescheid über 200,00 €, jedoch ohne Fahrverbot. Der Mandant akzeptiert diesen Bußgeldbescheid, so dass er rechtskräftig wird.

Welche Vergütung steht dem Rechtsanwalt ausgehend jeweils von der Mittelgebühr zu?

5. Aufgabe (4 Punkte)

Rechtsanwalt R wird im Rahmen der Prozesskostenhilfe beauftragt und beigeordnet für eine Klage auf Zahlung von 10.000,00 €. Nach Zustellung der Klage erkennt der Beklagte eine Teilforderung in Höhe von 6.000,00 € an, so dass insoweit ein Teilanerkennsurteil ergeht. Über die Restforderung wird im Termin zur mündlichen Verhandlung ein Vergleich geschlossen.

Berechnen Sie die Vergütung des Rechtsanwalts, die er mit der Landeskasse abrechnen kann.

6. Aufgabe

Die Mandantin M lässt sich in einer Pflichtteilsache vom Rechtsanwalt über die Höhe der ihr zustehenden Pflichtteilsansprüche beraten. Der Rechtsanwalt fasst das Beratungsergebnis nebst einer Berechnung auftragsgemäß zusammen und schickt dies der Mandantin. Eine Vereinbarung zur Vergütung für die Beratung ist nicht getroffen worden.

Hiernach entschließt sich die Mandantin, den Rechtsanwalt zu beauftragen, einen Pflichtteilsanspruch in Höhe von 10.000,00 € außergerichtlich geltend zu machen. Der Anwalt schreibt den Erben an, der daraufhin die 10.000,00 € zahlt.

a) Berechnen Sie die Vergütung von R und gehen Sie davon aus, dass die außergerichtliche Vertretung weder umfangreich noch schwierig war. (9 Punkte)

b) Begründen Sie kurz die von Ihnen angesetzte Gebühr für die Beratung. (3 Punkte)

7. Aufgabe (10 Punkte)

Rechtsanwalt R hat für seinen Mandanten einen Mahnbescheid über 10.000,00 € erwirkt. Da der Antragsgegner keinen Widerspruch einlegt, ergeht antragsgemäß ein Vollstreckungsbescheid. Dagegen wird Einspruch eingelegt. Der Einspruch wird nach Eingang der Anspruchsbegründung vom Landgericht wegen Verfristung durch Urteil gemäß § 341 ZPO als unzulässig verworfen.

Berechnen Sie die Vergütung von Rechtsanwalt R.

8. Aufgabe (9 Punkte)

Rechtsanwalt R hat für den Mandanten auftragsgemäß einen Mahnbescheid in Höhe von 6.000,00 € erwirkt. Dagegen wird Widerspruch eingelegt. Im gerichtlichen Verfahren wird die Klage um 5.000,00 € erweitert. Zum Verhandlungstermin erscheint der Beklagte nicht, so dass ein Versäumnisurteil ergeht, das rechtskräftig wird.

Berechnen Sie die Vergütung von Rechtsanwalt R.

9. Aufgabe (8 Punkte)

In einem zivilrechtlichen Kostenfestsetzungsverfahren nach den §§ 103 ff. ZPO kann Gegenstand der Festsetzung sein:

	Ja	Nein
Anwaltsvergütung des gerichtlichen Verfahrens		
Anwaltsvergütung für die vorgerichtliche Vertretung		
von der Partei eingezahlte Gerichtskosten		
vom Anwalt vorgelegte Gerichtskosten		
Reisekosten der Partei zum Termin		
Übersetzungskosten		
Kosten für Zeitversäumnis der Partei bei Teilnahme am Termin		
Kosten eines während des gerichtlichen Verfahrens eingeholten Gutachtens		